

## **Änderung und Spezifikation der Begriffsbestimmung „Ausführer“ in der Dienstvorschrift (A 06 10)**

### **In Kürze**

Bereits mit Wirkung zum 31. Juli 2018 wurde durch die Delegierte Verordnung VO (EU) 2018/1063, ABl. 2018 L 192/1 die Begriffsbestimmung „Ausführer“ in Art. 1 Nr. 19 der delegierten Verordnung zum UZK, VO (EU) 2015/2446 (UZK-DA), abgeändert. Die Dienstvorschrift A 06 10 i.d.F. vom 25. Juni 2019 spezifiziert die in Abs. 117 geänderte Definition des zollrechtlichen „Ausführers“.

### **Begriffsbestimmung zollrechtlicher „Ausführer“**

Neben einer Privatperson, die Waren im persönlichen Gepäck mitführt, ist bei kommerziellen Sendungen nach Artikel 1 Nr. 19 b) i) UZK-DA Ausführer, wer

- im Zollgebiet der Union ansässig und
- dazu befugt ist, über das Verbringen der Waren aus dem Zollgebiet der Union zu bestimmen und
- von diesem Bestimmungsrecht Gebrauch macht.

Für den Fall, dass Artikel 1 Nr. 19 b) i) UZK-DA nicht anwendbar/einschlägig ist, bestimmt Artikel 1 Nr. 19 b) ii) UZK-DA die Person als Ausführer, die

- im Zollgebiet der Union ansässig und
- Partei des Vertrags über das Verbringen von Waren aus dem Zollgebiet der Union ist.

Als „im Zollgebiet der Union ansässig“ gelten gemäß Artikel 5 Nr. 31 UZK natürliche Personen, die ihren gewöhnlichen Wohnsitz im Zollgebiet der Union haben sowie juristische Personen oder Personenvereinigungen, die ihren Hauptsitz, ihren eingetragenen Sitz oder ihre ständige Niederlassung (i.S.v. Artikel 5 Nr. 32 UZK) im Zollgebiet der Union haben.

### **Art. 1 Nr. 19 b) i) UZK-DA in der DVA 06 10**

Das Bestimmungsrecht über das Verbringen der Waren aus dem Zollgebiet der Union hat diejenige Person inne, die tatsächlich über die Ausfuhr verantwortlich entscheidet, die wesentlichen Aufgaben wahrnimmt und die Entscheidungen trifft (z.B. Steuerung des Transportvorganges, Abgabe der Ausfuhranmeldung). Eine Übertragung dieser Befugnis ist aus Gründen der Gewährung größerer Flexibilität zwischen den Wirtschaftsbeteiligten möglich.

Die Zollverwaltung stellt in den Ausführungen zu Artikel 1 Nr. 19 b) i) UZK-DA klar, dass nunmehr beispielsweise auch ein Spediteur als Ausführer auftreten kann, sofern dieser dem Verfahren zustimmt.

Bei einer vom Ausführer selbst oder in seinem Auftrag abgegebenen Zollanmeldung wird im Rahmen der Zollabfertigung grundsätzlich unterstellt, dass der in der Zollanmeldung angegebene Ausführer die (ggf. übertragene) Bestimmungsbefugnis innehat. Eine Überprüfung von Eigentumsnachweisen oder sonstigen Verträgen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten erfolgt mithin zu diesem Zeitpunkt nicht.

**Art. 1 Nr. 19 b) ii) UZK-DA in der  
DVA 06 10**

Artikel 1 Nr. 19 b) ii) UZK-DA kommt als abschließender Auffangtatbestand nur dann zur Anwendung, wenn der Ausführer nicht bereits nach Artikel 1 Nr. 19 b) i) UZK-DA ermittelt werden konnte.

Als Vertrag i.S.v. Art. 1 Nr. 19 b) ii) UZK-DA gilt in erster Linie der Ausfuhrvertrag, nachgeordnet der Speditions- oder Frachtvertrag.

**Abweichung vom außenwirtschaftsrechtlichen Ausführerbegriff**

Die Tatbestandsmerkmale des Ausführerbegriffs nach Artikel 1 Nr. 19 b) UZK-DA weichen nunmehr eindeutig von denen des Artikel 2 Nr. 3 Dual-Use-VO bzw. § 2 Abs. 2 AWG ab, sodass in Zukunft der zollrechtliche Ausführer nicht zwingend personenidentisch mit dem außenwirtschaftsrechtlichen Ausführer sein kann.

Als außenwirtschaftsrechtlicher Ausführer gilt jede natürliche oder juristische Person, die zum Zeitpunkt der Annahme der Ausfuhranmeldung

- Vertragspartner des Empfängers im Drittland ist und
- über die Versendung der Waren aus dem Zollgebiet der Union bestimmt oder
- im Fall von Software oder Technologie über deren Übertragung aus dem Inland in ein Drittland einschließlich ihrer Bereitstellung auf elektronischem Weg in einem Drittland bestimmt.

In Ermangelung eines Ausfuhrvertrages oder in den Fällen, in denen der Vertragspartner nicht für sich selbst handelt, gilt als außenwirtschaftsrechtlicher Ausführer, wer die Versendung der Waren aus dem Zollgebiet der Union tatsächlich bestimmt.

Liegt eine Abweichung der Person des zollrechtlichen Ausführers von dem außenwirtschaftsrechtlichen Ausführer vor, ist von der zuständigen Zollstelle auf Wahrung der außenwirtschaftsrechtlichen Belange zu achten. Insbesondere werden bei risikobehafteten Ausfuhren eingehende Prüfungen durch die Abfertigungszollstellen vorgenommen.

Bei Zulässigkeitsprüfungen gemäß § 14 AWV ist der zollrechtliche Ausführer verpflichtet, der Zollstelle auf Verlangen alle erforderlichen Unterlagen und sonstigen Daten, die im Zusammenhang mit dem Ausfuhrrechtsgeschäft stehen, vorzulegen.

**Fazit**

Die Ausführungen zum geänderten zollrechtlichen Ausführerbegriff unterstreichen das mit der erfolgten Definitionsänderung verfolgte Ziel der größeren Flexibilität der Wirtschaftsbeteiligten dahingehend, dass eine Übertragung des Bestimmungsrechtes grundsätzlich möglich ist.

Im Hinblick auf die Möglichkeit einer Abweichung des zollrechtlichen vom außenwirtschaftsrechtlichen Ausführers wird explizit die Achtung der außenwirtschaftsrechtlichen Belange durch die Zollstellen angeordnet. Zugleich wird klargestellt, dass bei Zulässigkeitsprüfungen der zollrechtliche und nicht der außenwirtschaftsrechtliche Ausführer auf Verlangen der Zollstelle zur Vorlage aller erforderlichen Unterlagen verpflichtet ist.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit in der Praxis von der nunmehr eingeräumten Flexibilität Gebrauch gemacht wird, insbesondere inwieweit auch Spediteure bereit sind Ausführerverpflichtungen zu übernehmen.

---

### Ihre Ansprechpartner

Dr. Michael Tervooren  
Tel.: +49 211 981-7641  
[michael.tervooren@pwc.com](mailto:michael.tervooren@pwc.com)

ppa. Dagmar Obermeyer  
Tel.: +49 40 63 78-1084  
[dagmar.obermeyer@pwc.com](mailto:dagmar.obermeyer@pwc.com)

### Bestellung und Abbestellung

Sollten weitere Personen Interesse an diesem Newsletter haben, können Sie diese E-Mail gern weiterleiten. Die Interessenten können sich hier anmelden: [subscribe\\_zollrecht\\_aktuell@de.pwc.com](mailto:subscribe_zollrecht_aktuell@de.pwc.com).

Sofern Sie unseren Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten möchten, bitten wir Sie um eine kurze Benachrichtigung an: [unsubscribe\\_zollrecht\\_aktuell@de.pwc.com](mailto:unsubscribe_zollrecht_aktuell@de.pwc.com).

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Juli 2019 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.  
"PwC" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers GmbH International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.